



Haushalts- und Finanzausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

Zu TOP 1 und 2 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kommunalpolitik

31. Sitzung (öffentlich)

4. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU) (HFA)
Christian Dahm (SPD) (AKo)

Protokoll: Wolfgang Wettengel, Cornelia Patzschke, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur heutigen Tagesordnung	7
1 Gesetz zur Änderung sparkassenrechtlicher Vorschriften	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2652	
Ausschussprotokoll 16/279 (öffentliche Anhörung)	
Abschließende Beratung und Abstimmung	
– Auswertung der Anhörung	8
– Abstimmungen	31

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik** nimmt den **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der in der Sitzung mündlich geänderten Fassung (*siehe Ausschussbericht Drucksache 16/3462, Seite 15ff.*) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion **an**.

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik** empfiehlt dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2652** mit den soeben beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss** nimmt den **Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der in der Sitzung mündlich geänderten Fassung (*siehe Ausschussbericht Drucksache 16/3462, Seite 15ff.*) mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion **an**.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss** empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2652** mit den soeben beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

2 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

33

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2880

Ausschussprotokoll 16/276 (öffentliche Anhörung)

Vorlage 16/1014

Abschließende Beratung und Abstimmung

– Geschäftsordnungsdebatte

33

Haushalts- und Finanzausschuss (28.)

04.07.2013

Zu TOP 1 und 2 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (31.) (öffentlich)

ei

Der **Antrag** der Fraktion der **CDU**, eine **erneute Anhörung** durchzuführen, wird vom Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten **abgelehnt**.

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen **stellt** der Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich **fest**, dass es sich hierbei gemäß § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtags um "**denselben Beratungspunkt**" handelt.

- Darlegungen von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 40
- Abschließende Beratung der Ausschüsse 43
- Abstimmungen 77

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2880** unverändert **anzunehmen**.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2880** unverändert **anzunehmen**.

Dringliche Frage

79

Thema: Aktuelle Auseinandersetzung über Vermögensfragen bei der Provinzial NordWest – Mit welcher Begründung verweigert die Landesregierung dem Parlament die zur Beurteilung der neuen Streitigkeiten bei der Provinzial notwendigen Angaben zu den Anschaffungskosten für die Träger?

Antrag der Fraktion der FDP

- Stellungnahme von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 79
- Aussprache 81

Haushalts- und Finanzausschuss (28.)

04.07.2013

Zu TOP 1 und 2 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (31.) (öffentlich)

ei

Aktuelle Viertelstunde**85**Thema: **CRD-IV-Umsetzungsgesetz**

Antrag der CDU-Fraktion

– Stellungnahme von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 85

– Aussprache 87

3 Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Änderung weiterer Gesetze 91Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2556

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2556 anzunehmen**.

4 Strukturen, Herausforderungen und Personalbedarf des Landesamtes für Besoldung und Versorgung 94Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/1016

Sich aus der Vorlage ergebende Fragen werden von MDgt
Jörg Hansen (FM) beantwortet.

5 Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur Vergütungsoffenlegung bei nordrhein-westfälischen Sparkassen 96Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 16/928

Der Ausschuss verzichtet aus Zeitgründen auf eine
Beratung.

Haushalts- und Finanzausschuss (28.)

04.07.2013

Zu TOP 1 und 2 gemeinsame Sitzung mit:

Ausschuss für Kommunalpolitik (31.) (öffentlich)

ei

- 6 Eventualverbindlichkeiten von 19,7 Milliarden € im neuen Geschäftsbericht der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA): Zusammensetzung, Hintergründe, Haftungsverhältnisse, Risikovorsorge und Eintrittswahrscheinlichkeiten** 97

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/930

Der Ausschuss verzichtet aus Zeitgründen auf eine Beratung.

- 7 Bestehende Steuergesetze durchsetzen, Anreizsysteme schaffen, Steuerschlupflöcher schließen** 98

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2890

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss **lehnt** den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2890** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP **ab**.

- 8 Landesweite Einführung der Schulverwaltungsassistenz zur Verbesserung der Schulqualität in Nordrhein-Westfalen** 99

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2634

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses **nachrichtlich zu beteiligen**.

- 9 Personaleinsatzmanagement für den internen Arbeitsmarkt wiederbeleben – Beschäftigte sinnvoll einsetzen und Veränderungsprozesse gestalten** 100

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2625

Haushalts- und Finanzausschuss (28.)

04.07.2013

Zu TOP 1 und 2 gemeinsame Sitzung mit:
Ausschuss für Kommunalpolitik (31.) (öffentlich)

ei

Die Antragsberatung wird auf die erste Sitzung nach der Sommerpause verschoben.

10 Ergebnisse der externen Personalberatung bei den bisherigen personalwirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen der Portigon AG 101

Bericht des Finanzministeriums
Vorlage 16/1011

Der Ausschuss verzichtet aus Zeitgründen auf eine Beratung.

11 Verschiedenes 102

a) **Kassenabschluss 2012 102**

b) **Haushaltsberatungen 2014 102**

c) **Einführung eines bundeseinheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems in Nordrhein-Westfalen für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) 102**

d) **Vorlage zur Provinzialversicherung 102**

12 Phoenix-Portfolio, Klärung offener Fragen zu Phoenix und EAA 103

Der Ausschuss verzichtet aus Zeitgründen auf eine Beratung.

13 THTR 300 Hamm-Uentrop 104

Vorlage 16/967

Ergänzende Fragen werden von MR Dirk Warnecke (FM) beantwortet. Die Piratenfraktion kündigt weitere Fragen an, die schriftlich beantwortet werden sollen.

3 **Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Finanzen und zur Änderung weiterer Gesetze**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2556

Abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Christian Möbius weist darauf hin, dass inzwischen ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion – Drucksache 16/3456 – hierzu verteilt worden sei. Darüber werde aber erst im Plenum abgestimmt.

Ralf Witzel (FDP) möchte vom Finanzministerium wissen, warum das aus seiner Sicht erfolgreiche und flexible Instrument des Personaleinsatzmanagements im Landesamt für Finanzen aufgehen solle und warum die Landesregierung trotz positiver Erfahrungen nicht rechtzeitig für eine gesetzliche Verlängerung gesorgt habe.

Werner Lohn (CDU) führt aus, die CDU-Fraktion halte die Errichtung eines Landesamtes für Finanzen für richtig. Allerdings erschließe sich ihr nicht, warum das LPEM in das neue Amt integriert werden solle. Im Hinblick darauf, wie viele Strukturveränderungen diskutiert würden und wie viele Menschen sich neu orientieren müssten, sehe auch seine Fraktion die Notwendigkeit, Hilfestellung zu geben, und von daher halte sie es für besser, das Personaleinsatzmanagement nicht in einer neuen Behörde aufgehen zu lassen. Die aktuellen Herausforderungen bei Portigon oder im LBV seien Beispiele, die zeigten, wie notwendig das auch weiterhin sei.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) legt dar, die Entscheidung hierüber stelle sich hier aufgrund der Unterbrechung, die es im Wahljahr 2012 gegeben habe, jetzt etwas anders dar. Seinerzeit sei beabsichtigt gewesen, aus dem LPEM ein Landesamt für Finanzen zu machen. Das LPEM sei zwischenzeitlich ausgelaufen. Jetzt komme die Errichtung des Landesamtes für Finanzen wieder voran, und in der Zwischenzeit habe es Regelungen für die Bereiche gegeben, die weiter existieren sollten.

Hintergrund dafür sei, dass die Landesregierung schon in der Zeit der Minderheitsregierung und auch in den Koalitionsgesprächen zu dem Ergebnis gekommen sei, dass das LPEM in der Form einer Beschäftigungsgesellschaft nicht fortgeführt werden sollte, dass es aber eine Reihe von sinnvollen Elementen enthalte, die beibehalten werden sollten.

Er nenne den zentralen Stellenmarkt, der stärker online-basiert sei und von daher auf eine andere Ebene zu heben sei.

Auch das Modell „Vorfahrt für Weiterbeschäftigung“ sei eine sinnvolle Einrichtung, die weiter bestehen und nach seiner persönlichen Meinung sogar gestärkt werden sollte; hier bleibe abzuwarten, wie die Haushaltsverhandlungen ausgingen. Es sei ein

Baustein, der dazu beitragen könne, dass das Land Pensionsausgaben einspare, wenn es gelinge, Menschen durch eine sinnvolle Beschäftigung zwischen ihrer früheren Tätigkeit und dem Pensionsalter vor der Dienstunfähigkeit zu bewahren.

Auch über das Thema Schulassistenzen sei geredet worden.

So gebe es eine Menge Aufgaben des ehemaligen LPEM, die bestehen bleiben sollten. Darüber hinaus gebe es einige Dinge etwa im Bereich EPOS, im Bereich des Kassenwesens, die auch nicht Gegenstand der Ministerialverwaltung seien, sodass es sinnvoll erscheine, sie in einer Landesbehörde erledigen zu lassen. Daraus sei der Vorschlag entstanden, ein solches Landesamt für Finanzen zu errichten.

Robert Stein (PIRATEN) erklärt, seine Fraktion befürworte ein internes Personaleinsatzmanagement des Landes. Der Streit, ob das im Rahmen des LPEM geschehe oder im LaFin aufgehe, scheine eher historisch bedingt zu sein. Im Hinblick darauf werde sich seine Fraktion enthalten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) meint, es gebe eigentlich keinen Grund, sich über Etikettenfragen zu streiten. Darüber, dass etwa ausscheidendes Personal geschult werden müsse, um es an anderer Stelle einzusetzen, sei man sich einig.

Historisch gesehen sei etwas sehr wohl und auch zu Recht im Streit gewesen: Ursprünglich sei das LPEM konstruiert worden, um massiv Stellen abzubauen. Das habe sich deutlich verändert. Wenn der Finanzminister nun vorschlage, die weiterhin für sinnvoll gehaltenen Teile des LPEM in das neue Landesamt für Finanzen zu integrieren, sei das vernünftig.

Er schlage nun vor, diesen Vorgang mit der Verabschiedung des Gesetzes zu beenden und dann in Ruhe darüber zu reden, wie die Aufgabe der Personalentwicklung in Zukunft über die Fraktionsgrenzen hinweg gemeinschaftlich vorangebracht werden könne.

Wenn die Personalentwicklung gemeinsam beraten und beschlossen werden könne, wäre das schön, meint **Dr. Marcus Optendrenk (CDU)**. Allerdings habe er dann die Bitte, dass man das in Zukunft von Ministerinnen und Ministern, die jetzt nicht im HFA seien, in Plenarsitzungen auch so höre und von diesen nicht mehr erklärt werde, was angeblich alles nicht gehe.

Das Thema „Schulverwaltungsassistenten“ sei ein Paradethema dafür, dass in der Koalition noch Luft nach oben sei, um Bewegungsspielräume zu schaffen. Auch darüber sollte man sprechen, um die Vorschläge der Regierung und die Reaktionen der Opposition ein Stück weit aufeinander abzustimmen. Die CDU-Fraktion sei dafür sehr offen. Sie wisse auch, dass heute andere Voraussetzungen bestünden, weil die Regierung das Instrument der Realisierung von kw-Vermerken nicht mehr in gleicher Weise einsetzen wolle.

Personaleinsatzmanagement könne aber auch heißen, Menschen, die sich in ihrem Tätigkeitsbereich verändern möchten, dabei zu unterstützen, dass das zum Tragen

kommen könne. Das sollte dann auch für Kommunen im Bereich der Schulverwaltungsassistenten gelten: Wenn Hunderte von Schulen geschlossen würden, gebe es vielleicht in Schulverwaltungsämtern zu viel Personal, und es sei möglicherweise sinnvoll, das Fachwissen in Schulen zu verlagern, indem das Land diese Menschen über Schulverwaltungsassistentenstellen und Ähnliches übernehme.

Die CDU-Fraktion sei also dafür offen, erbitte aber auch, nicht andauernd im Plenum entgegengehalten zu bekommen, dass nichts gehe.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 16/2556 anzunehmen.**

